

# Iserlohner Kreisanzeiger vom 18.12.2024

## Iserlohn

### Insolvenzberatungen in Gefahr

Caritas und Awo hatten eine Erhöhung der Zuschüsse beantragt

**Jennifer Katz**

**Iserlohn.** Den Anträgen auf eine Erhöhung der Zuschüsse für die Insolvenzberatungen der Arbeiterwohlfahrt und des Caritasverbandes haben die Mitglieder des Sozialausschusses eine Absage erteilt. Bereits in der August-Sitzung wurde das Thema behandelt, jedoch wegen Beratungsbedarfs verschoben.

Als der Tagesordnungspunkt während der jüngsten Sitzung aufgerufen worden war, wunderte sich Sylvia Olbrich (Bündnis 90/Die Grünen), „dass keiner das Wort wünscht.“ Sie erklärte: „Wir haben anderen Anbietern die Zuschüsse abgelehnt, ich sehe die Gefahr einer Beratungslücke.“

**Verweis auf Haushaltslage**

Auch Monika Stockmann (SPD) betonte: „Wir sollten daran denken, dass wir schon die Beratung der Verbraucherzentrale gegen Null gefahren haben, wenn wir die nächsten kürzen, wird es uns später noch mehr Geld kosten.“

Manuel Huff (Die Linke/BSW) erklärte: „Ich bin unzufrieden mit der Vorlage, vieles erschließt sich mir immer nicht.“ Die Sinnhaftigkeit der Beratung solle nicht in Frage gestellt werden. Etwa 7500 Menschen in Iserlohn seien betroffen. „Auch wenn wir alles runterfahren, wird der Haushalt immer noch nicht genehmigungsfähig sein“, so Huff. Christian Grobauer (CDU) dagegen sagte: „Wir kürzen nicht,



**Die Insolvenzberatungsstellen von Awo und Caritas sehen ihr Angebot gefährdet.**

CHRISTIN KLOSE

wir diskutieren über eine Erhöhung. Wir müssen uns in allen Bereichen die Frage stellen, ob wir das können.“ Auch Matthias Schumann (CDU) verwies auf die „schwierige Haushaltslage“ vor deren Hintergrund er einer Zuschuss-

Erhöhung nicht zustimmen werde.

Heidrun Schulz-Rabenschlag, für die Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt Mitglied im Sozialausschuss, appellierte an die Träger: „Wir wissen sehr wohl, dass wirtschaftlich nicht alles machbar ist. Kostensteigerungen beim Personal treffen uns alle, wir können Gewinne nicht endlos steigern.“ Adressiert an Politik und Verwaltung erklärte sie: „Wir holen überhaupt erstmal Gelder nach Iserlohn. Die zusätzlichen Stellenanteile durch die Fördermöglichkeiten mussten angepasst werden.“ Bei den Insolvenzberatungen gebe es bereits Wartelisten, so enorm sei der Bedarf

Am Ende wurde der Antrag mit acht zu sieben Stimmen abgelehnt.